

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,50 RM., bei Postbestellung 3 RM. monatlich. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Abnehmer und Besteller sind zu jeder Zeit Änderungen entgegenzunehmen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonst. Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises. — Rücksendung eingeleiteter Briefstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 4 Spaltenreihen 20 Hufe, die 3 Spaltenreihen 15 Hufe, die 2 Spaltenreihen 10 Hufe, die 1 Spaltenreihe 5 Hufe. Nachschickungsgeld 20 Reichspfennige. Lage und Platzverhältnisse werden nach Möglichkeit Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigen für die Reichweite der Zeitung sind zu jeder Zeit durch den Herausgeber zu übernehmen, wie keine Garantie. Jeder Anzeigennehmer trägt die Kosten der Anzeigen. — Rücksendung eingeleiteter Briefstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 248 — 89. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2840

Donnerstag, den 23. Oktober 1930

Verworrene Fäden.

Bei der jetzt im Fluß befindlichen Debatte über ein Reparationsmoratorium muß man sich noch einmal für vergangenheitsfähige, wie sich die Gesamtzahlungsverpflichtungen Deutschlands zusammensetzen. Abgesehen von der Sonderzahlung an Amerika und dem Zins- und Amortisationsdienst für die Dawes-Anleihe bestehen diese Verpflichtungen aus drei Teilen: Da ist ein bestimmte, und zwar alljährlich gleichbleibende Summe für Wiederherstellung der Kriegsschäden, des weiteren die Zahlungen an Belgien auf Grund des sogenannten deutsch-belgischen Kartabkommens. Und drittens — der alljährlich wechselnde Hauptposten — eine Summe, die dem entspricht, was die ehemaligen Alliierten, jetzt unsere Gläubiger, Jahr für Jahr an Amerika zu bezahlen haben. Theoretisch haben die deutschen „Annuitäten“, die Jahresleistungen, mit dieser interalliierten Schuldentilgung an die Vereinigten Staaten gar nichts zu tun; selbst dann nicht würde ein vollständiger Zahlungserlaß Deutschland gegenüber erfolgen, sind nur gewisse Erleichterungen und Zeilanzrechnungen im „Neuen Plan“ vorgesehen, wenn eines schönen Tages Amerika die interalliierten Restschulden streichen oder sie herabsetzen würde.

Praktisch sieht die Sache natürlich ganz anders aus. Wenn nämlich Deutschland mit der Forderung kommt, mehr oder weniger entlastet zu werden, dann ertönt als Echo das gleiche Verlangen der Alliierten an Amerika. In Frankreich sieht man dem deutschen Streben nach einem Moratorium für heute und morgen durchaus ablehnend gegenüber und wenn später ein solches doch erfolgen würde, dann müsse es eben auch den alliierten Schuldner gewährt werden. Das sei das mindeste. Und darüber hinaus müsse man hinsichtlich dieser Schulden auch gleich eine Revision der Abmachungen über ihre Tilgung annehmen, wenn etwa Deutschland die Revision seiner Zahlungsverpflichtungen zugefanden erhalten sollte. Amerika seinerseits sieht nun — auch wieder theoretisch — auf dem Standpunkt, daß es mit dem ganzen Young-Plan nichts, aber auch gar nichts zu tun habe, und es läßt sich demgemäß seine Kriegsschulden an Deutschland direkt bezahlen; der Young-Plan wird — immer wieder: theoretisch — sozusagen als eine europäische Privatangelegenheit betrachtet und aus welcher Klasse die Alliierten ihre Schulden bezahlen, ist dem Gläubiger jenseits des Atlantischen Ozeans ganz gleichgültig; Hauptsache ist nur, daß sie prompt bezahlen.

Sinzu kommt freilich das praktische Bedenklische: Wirtschaftlich geht es zurzeit den Amerikanern nicht gerade besonders gut und sie legen darum recht viel Gewicht darauf, sich ihre finanziellen Kräfte durch die Zahlungen ihrer Schuldner möglichst stärken zu lassen. Und wenn ihnen diese — im Hinblick auf das deutsche Moratoriumsverlangen — mit irgendwelchen Ersuchen um Zahlungsnaßlos oder -aufschub kommen, dann zeigt man in Washington eine überaus kalte Schulter, — wobei es außerdem nicht an anzüglichen Bemerkungen Frankreich gegenüber fehlt; denn diesem Lande gehe es so gut, es habe schon derartige Schätze aufgehäuft, gebe für seine ständig größer und stärker werdende Rüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft so gewaltige Summen aus, daß es auch dann seine Schulden an Amerika glatt bezahlen könne, wenn Deutschland eine Erleichterung seiner Verpflichtungen oder gar ein Moratorium erhalte. Infolgedessen findet man überall in der amerikanischen Presse den Hinweis darauf, daß die Steuerlast in Amerika entsprechend anwachsen müsse, wenn die Alliierten im Anschluß an ein deutsches Moratorium nun auch ihrerseits ihre Zahlungen an Amerika einstellen würden. Dabei erwähnt werden mag, daß diese alliierten Leistungen zurzeit jährlich etwa eine Milliarde Mark ausmachen und teilweise zur Verzinsung und Amortisation innerer amerikanischer Kriegsanleihen Verwendung finden.

Aber damit ist das Gewirr der durcheinanderlaufenden Fäden noch längst nicht zu Ende. Selbst wenn Amerika sich einmal bereit erklären sollte, in eine Revision seiner Schuldforderungen an die Alliierten einzutreten, so glauben recht weite und nicht etwa nur chauvinistische Kreise in Frankreich, dieses Entgegenkommen „bezahlen“ zu müssen durch ein umfangreiches Nachgeben in der Abrüstungsfrage. Vielleicht ist eine solche Vermutung oder — vom französischen Standpunkt aus — Befürchtung nicht einmal grundlos. Damit spielt dann aber wieder die leidige Politik in das wirtschaftlich-finanzielle „Reparations“-problem hinein. — und das wäre, nun vom deutschen Standpunkt aus gesehen, durchaus nicht angenehm. Denn der schwerste Fehler des Young-Plans ist überhaupt der, „politisch infiziert“ zu sein, was seine Verfasser übrigens selbst zugegeben haben. Dienen doch auch seine wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen nicht zuletzt auch dem Zweck, Deutschland durch diese Bindungen nun politisch „an der Strippe zu haben“.

Man kann hier nur flüchtigen, nur andeuten, wie die Fäden durcheinandergehen, welche Abhängigkeiten hier obwalten, wie eine ganze Lawine zu Tal fahren kann, wenn nur ein Steinchen losbricht oder losgerollt wird.

Der Wechsel im preußischen Innenministerium

Severing wieder preußischer Innenminister.

Plötzlicher Rücktritt Wäntig.

Der preußische Minister des Innern, Dr. Wäntig, hat dem preußischen Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgesuch überreicht. Ministerpräsident Dr. Braun hat das Rücktrittsgesuch angenommen und den Staatsminister Dr. Wäntig mit dem Ausdruck des Dankes für die dem preußischen Staat geleisteten Dienste von seinen Amtspflichten entbunden. Zum Nachfolger hat Ministerpräsident Dr. Braun den Reichs- und Staatsminister a. D. Severing ernannt.

Severing hat das preußische Innenministerium bereits sechs Jahre verwaltet, worauf ihm in dem Amte der bekannte Sozialdemokrat Grzesinski folgte. Diesen ersetzte wieder sein Parteifreund Professor Dr. Wäntig. In seinem Rücktritt wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß lediglich persönliche Gründe Professor Wäntig zu diesem Schritt veranlaßt haben. Professor Wäntig, der aus dem Gelehrtenstand hervorgegangen ist, habe, wenig befriedigt von seiner Tätigkeit in dieser wirren Zeit, den Wunsch gehabt, sich wieder ganz seiner Lehrtätigkeit zu widmen und zu diesem Zweck an die Universität Kiel zu gehen, obwohl er vor seiner Ministerzeitigkeit die Oberpräsidentenschaft in Magdeburg verwaltet.

Das Berliner Polizeipräsidium.

Dem Vernehmen nach soll auch ein Wechsel im Berliner Polizeipräsidium unmittelbar bevorstehen. Es war schon vor längerer Zeit davon die Rede gewesen, daß



Minister a. D. Wäntig.



Minister Severing.

Polizeipräsident Jürgel als Regierungspräsident für Wiesbaden anserichen sei. Das soll ein Irrtum gewesen sein. Wichtig ist jedoch, daß Jürgel für ein anderes westliches Regierungspräsidium in Aussicht genommen ist. Als sein Nachfolger als Berliner Polizeipräsident dürfte der frühere preußische Staatsminister Albert Grzesinski in Frage kommen.

Graf Kaldreuth Reichslandbundpräsident.

Hepp aus dem Präsidium ausgeschieden.

Im Verfolg des Rücktritts des Ministers Schiele vom Amt des vorsitzführenden Präsidenten des Reichslandbundes trat der Bundesvorstand des Reichslandbundes zur Regelung der Präsidialfrage im Bundeshaufe in Berlin zusammen.

Nachdem die beiden anderen bisherigen Präsidenten Bethge und Hepp und der vorübergehend in das Präsidium eingetretene Freiherr von Wilmowsky ihre Ämter dem Bundesvorstand zur Verfügung gestellt hatten, wurden zu Präsidenten neugewählt die Herren Bethge, Hepp, Graf von Kaldreuth. Zu dem scheidungsähnlich vom Bundesvorstand zu bestimmenden vorsitzführenden Präsidenten wurde alsdann Graf von Kaldreuth gewählt. Präsident Hepp legte daraufhin sein Amt nieder.

Die dadurch von neuem erforderliche Wahl eines dritten Präsidenten soll bei der nächsten Bundesvorstandssitzung erfolgen. Der Bundesvorstand war einstimmig der Ansicht, daß hierfür nur ein Vertreter des bauerlichen Besitzes aus dem Westen in Betracht komme.

Erhöhung des Jahresbrennrechts.

Auf 70 Prozent festgesetzt.

In der Sitzung der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein wurde das Jahresbrennrecht für das Wirtschaftsjahr 1930/31 auf 70 Prozent des regelmäßigen Brennrechts festgesetzt. Weiter wurde der Grundpreis für den ab 1. Oktober 1930 hergestellten Branntwein auf 51 Mark je Hektoliter Weingeist festgesetzt.

Die Landwirtschaft hatte bekanntlich zur besseren Unterbringung der großen Kartoffelernte den Wunsch geäußert, das Jahresbrennrecht auf 80 Prozent festsetzen zu lassen, während die Reichsmonopolverwaltung mit Rücksicht auf ihre riesenhaften Bestände an Alkohol zunächst das Brennrecht nur auf 51 Prozent festsetzen wollte.

Die Lawine des Todes

Immer mehr, immer mehr...

„Glücklicherweise nur dreißig Tote“ — so lauteten die ersten Nachrichten, die von der Stätte der grauenvollen Grubenkatastrophe an unser Ohr drangen. Erschütternd wirkte die Kunde, aber sie wurde gewissermaßen abgeschwächt und gedämpft durch dieses „nur“, so sehr uns auch „die nur dreißig Tote“ ans Herz griffen. „Es hätten ja weit, weit mehr sein können“, so sagten wir uns, erleichtert aufatmend, „denn es waren Hunderte und aber Hunderte von Menschen an der Stätte des Grauens, als das Furchtbare geschah, und der Tod hätte weit reichere Ernte halten können!“ Und der Tod hielt weit reichere Ernte! Von Stunde zu Stunde kamen neue Hiabsposten, von Stunde zu Stunde wuchs die Zahl der Opfer, die der Unerbittliche dahingemäht hat „mitten in dem Leben“, die dahinsanken in der Blüte der Jahre, die hinweggerafft wurden mitten aus ihrer Arbeit heraus, im Grubenkittel, den Bergmannschlegel in der Hand, und ohne an die Lieben zu Hause, ohne an Heim und Herd einen Scheidegruß senden zu können. Lawinenartig schwoh es an — immer mehr, immer mehr! Fünfzig, hundert, hundertfünfzig, zweihundert, zweihundertdreißig — immer mehr, immer mehr! Und noch vielleicht ist der Streich des Todes kein Ende abzusehen, denn noch immer heißt es „vorläufig“, „vorläufig“ zweihundertunddreißig — aber die Lawine ist vielleicht noch nicht zum Stillstand gekommen, die Lawine rollt weiter. Noch liegen ja in den Krankenhäusern zahlreiche Schwerverletzte, und wer weiß, wie viele von ihnen das Licht des neuen Tages erblicken. Häuer und Steiger, Förderleute und Bergknappen — keinen hat das Unglück verschont, das hereinbrach als grausames Schicksal der vielen, die ausgezogen sind, um nimmer heimzukehren. Um die Opfer ist ein Weinen und

Behlagten derer, welchen sie alles gewesen sind, und das ganze Deutschland trauert und klagt mit ihnen. In den Schächten aber herrscht das Schweigen des Todes, und wir ändern, die wir noch im Lichte atmen dürfen, denken der Toten, der Toten.

231 Tote in Alsdorf.

99 Verletzte.

Nach Mitteilungen der Alsdorfer Bergbehörde waren am Mittwoch mittags 170 Tote geborgen. Unter Tage befanden sich noch 61 Bergleute, die als tot festgestellt wurden. Damit ergab sich um die genannte Zeit eine Gesamtzahl von 231 Toten. In den Krankenhäusern befanden sich 99 Verletzte, von denen mehrere hoffnungslos darniederliegen. Unter den 170 geborgenen Toten waren der Betriebsführer des Schachtes und 13 Steiger. Die Niedergeschlagenheit und die Veraweilung der Alsdorfer



Suche nach Vermissten unter den Trümmern.

Bestellen Sie das Wilsdruffer Tageblatt